



# Tagesbericht

22. August 1953

Information Nr. 1047

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 486–494 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst (Konstituierungsphase).

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen Verteilung – SfS: Walter, Last, Joseph Gutsche, Weikert, Menzel (Angaben auf zwei Vorblättern).

## Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier mit einer Ausnahme nicht dokumentiert, siehe Einleitung).

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis a–b (nur 1. Gliederungsebene).

## *Stimmung der Bevölkerung*

### *a) Note der Sowjetregierung<sup>1</sup>*

In der nunmehr voll entfalteten Diskussion hat sich im Wesentlichen nichts verändert. Lediglich wurde bei der Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze eine neue Variante festgestellt, es wird diskutiert, wenn schon die Oder-Neiße-Grenze bestehen bleibe, müsse man den Ausgesiedelten zumindest eine Entschädigung geben.

Aus Westberlin erfahren wir, dass nach Veröffentlichung der Note im Hause des »Telegraf«<sup>2</sup> im Vergleich zu sonst reger Betrieb herrschte; offensichtlich erwartete man konkrete Anweisungen aus Bonn und Hannover. In Journalistenkreisen wurde folgendermaßen diskutiert: »Die Note stellt uns vor vollkommen neue Probleme. Unsere Chance liegt darin, dass die CDU mit diesen Leuten nicht konferiert. Damit wäre uns die Möglichkeit gegeben, so zu operieren, dass wir uns bereit erklären, wenigstens entgegenzukommen, d. h. die Möglichkeit gesamtdeutscher Beratungen mit Vertretern der Volkskammer nicht als ausgeschlossen abzutun, sonder evtl. sogar zu erwähnen. Bundesregierung resp. CDU muss bekennen, wie viel ihr wirklich an einer Wiedervereinigung gelegen ist. Sie wird ablehnen. Negative Auswirkungen für die CDU bei den Wahlen. SPD muss versuchen zu handeln.«

### *b) Zur Paketaktion der USA*

Über die Paketaktion<sup>3</sup> wird unter der Bevölkerung noch rege diskutiert (Schwerpunkt Bezirk Potsdam – in anderen Bezirken Abflauen der negativen Diskussionen). Es macht sich besonders dort eine Einstellung gegen die »USA-Aktion« und den »Paketabholern« bemerkbar, wo Parteiorganisationen offensiv mit den Kollegen diskutieren (Förderbrücke »Franz Mehring«,<sup>4</sup> Bezirk Cottbus). Verstärkte negative Diskussionen werden unter den Kollegen der Eisenbahn geführt (betrifft vor allem Einschränkung der Freifahrtscheine nach Berlin).

Verschiedentlich wird von der Bevölkerung gegen die Entlassung der »Paketabholer« aus den Betrieben Stellung genommen sowie gegen die »Schikanierung« in der Presse.<sup>5</sup> Besondere Empörung herrschte in Potsdam darüber, dass die Pakete von Zivilpersonen abgenommen werden und nicht von VP-Angehörigen.

Der Bürgermeister von Stolzenhagen, Kreis Angermünde, Mitglied der SED, forderte die Bevölkerung von Stolzenhagen auf, sich »Ami-Pakete« zu holen. Daraufhin holten sich 75 % der Bevölkerung diese Pakete.

Bei den zzt. in den Lichtspieltheatern gezeigten Bildberichten über die Paketaktion in Westberlin<sup>6</sup> wurde in verschiedenen Fällen die Veranstaltung durch Lachen gestört. In Riesaer Filmtheatern (Bezirk Dresden) kam es zu Tumulten, wobei ca. zwei Drittel der Zuschauer den Kinoraum verließen.

Es mehren sich Beschwerden von Ärzten, wonach Patienten, die zu Spezialärzten nach Berlin überwiesen wurden, keine Fahrkarten erhalten. Aufgrund der Fahrkartensperre kam es an den Fahrkartenschaltern in Königs Wusterhausen, Bezirk Potsdam, oft zu Zwischenfällen.<sup>7</sup> Aus Luckenwalde wird bekannt, dass man, um in den Besitz von Fahrkarten zu kommen, eine Person mit Fahrrad oder Pkw nach Berlin schickt, die dort Rückfahrkarten löst und sie in Luckenwalde verteilt.

Aus dem Bezirk Frankfurt wird gemeldet, dass man die Fahrkartensperre versucht zu umgehen, indem man mit Omnibus bis Müncheberg fährt und von dort weiter nach Strausberg, dann weiter mit der S-Bahn nach Berlin. Des Weiteren werden auch Güterzüge und Privatautos zur Fahrt benutzt. Oft werden auch Fahrkarten nur bis Berkenbrück verlangt und im Zug erfolgt dann die Nachlösung. Es wurde festgestellt, dass in letzter Zeit Zugschaffner bis zu 900 DM Nachlösung in Frankfurt abrechnen.

Über die in verschiedenen Bezirken kursierenden Gerüchte über den Beginn einer neuen »Päckchenaktion« am 27.8.1953 wird aus offiziellen Westberliner Quellen (RIAS, Angestellte der Ausgabestellen und Stupos,<sup>8</sup> die dort Dienst tun) bekannt, dass von westlicher Seite tatsächlich diese Absicht besteht.

### ***c) Stimmen westdeutscher Besucher***

In Spremberg, Bezirk Cottbus, führte das Kreisfriedenskomitee eine Versammlung mit westdeutschen Besuchern durch, die sehr positiv verlief. Der überwiegende Teil der 37 anwesenden Besucher diskutierte sehr lebhaft und interessiert. Man war erstaunt darüber, dass der neue Kurs unserer Regierung bereits am 9.6.1953 veröffentlicht wurde. Ihnen war von westlicher Seite her bekannt, der neue Kurs sei durch die Aktionen des 17.6. erzwungen worden. Ebenso waren sie von der Initiative der Sowjetregierung bei der Herstellung der Einheit Deutschlands und der Erhaltung des Friedens überrascht, aus der Westpresse war ihnen das Gegenteil bekannt. In sachlicher Form kritisierten die Westdeutschen die teilweise schlechte Behandlung durch VP-Angehörige beim Grenzübertritt, die zu lange Wartezeit von zwei bis drei Stunden an der Grenze und die überfüllten Züge von der Grenze ins Innere der Republik. Die Besucher wünschen, dass von den örtlichen VP-Ämtern kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen für andere Orte der Republik ausgestellt werden, um Gelegenheit zu haben, auch andere Bekannte und Verwandte zu besuchen. Ferner wird gewünscht, aufgrund des niedrigen Einkommens für die Rückfahrt nach Westdeutschland Arbeiterrückfahrkarten zu erhalten.

### ***d) Stimmung in den Betrieben***

Allgemein verbreitet ist die Diskussion über Arbeitskleidung, die in ungenügendem Maße vorhanden ist und deren Preise zu hoch sind. Aus verschiedenen Leipziger Betrieben, auch aus anderen Bezirken, werden Stimmen laut die wieder wöchentliche Lohnzahlung fordern. Sehr verbreitet und anhaltend ist nach wie vor die Diskussion über das Prämiensystem. In der MTS Radensleben, Kreis Neuruppin, Bezirk Potsdam, so wird uns berichtet, erhielt der MTS-Leiter 4 000 DM, der Politleiter 1 500 DM, während die Arbeiter gar keine Prämien erhielten. Zudem ist die Prämierung von der Leitung verheimlicht worden. Die Arbeiter sind darüber sehr ungehalten und empört. Die Arbeitsmoral ist sehr gesunken.

### ***e) Aus der Landwirtschaft***

Misstimmung herrscht unter den Bauern im MTS-Bereich Schrenz, Kreis Bitterfeld, Bezirk Halle, weil die VEAB die Abnahme von Getreide verweigerte. Die Bauern brachten zum Ausdruck, dass sie ein zweites Mal nicht zur Ablieferung erscheinen würden. Verschiedentlich wird von Bauern die Forderung gestellt, dass man das Getreidesoll herabsetzen müsse, da es noch zu hoch veranlagt ist (Meldung aus Potsdam). Mangelhaft ist die Versorgung mit Ersatzteilen für landwirtschaftliche Geräte. Hier fehlt es besonders an Keilriemen, Getriebeteilen, Zylinderköpfen, Pflugrädern, Pflugscharen, Schältscharen und Schrauben.

In der Gemeinde Flatow, Kreis Oranienburg, Bezirk Potsdam, erkrankten in der LPG und staatlichen Betrieben Rinder an Lungenwürmern. Bisher verendeten zwei Jungtiere, zehn wurden notgeschlachtet, von hundert Tieren erkrankten zwanzig. In der LPG Grüssow, Kreis Röbel, Bezirk Neubrandenburg, verendeten vier Rinder an Lungenwürmern. Bei weiteren fünfundzwanzig Stück kann mit baldigem Verenden gerechnet werden.

Die Bevölkerung verschiedener Landgemeinden im Bezirk Leipzig kritisiert, dass die VEAB bei Obst nur die Sollmenge und nicht die Übersollmengen entgegennimmt. Durch das reichliche geerntete Obst fällt viel dem Verderb anheim. Die Obstimporte stoßen logischerweise auf Unverständnis in diesen Orten.

Aus Bezirk Halle wird gemeldet, dass durch die gute Obsternte in den letzten Tagen ein überaus reichliches Obstangebot zu verzeichnen ist. Außerdem treffen laufend Obstimporte im Bezirk Halle ein. Der Einzelhandel fühlt sich außerstande, die zzt. anfallenden Birnen, Äpfel, Pflaumen restlos an die Bevölkerung zu verkaufen, sodass die Gefahr besteht, dass Frischobst, soweit es nicht der verarbeitenden Industrie zugeführt werden kann, dem Verderb anheim fällt.

Trotz des guten Obstanfalls ist der gesamte Einzel- und Großhandel, einschließlich VEAB, in der Preisbildung zu unbeweglich, um durch günstige Preise einen gesteigerten Verkauf zu bewirken. Die VEAB begründet es damit, dass keine Möglichkeit besteht, die dadurch eintretenden Verluste abzubuchen.

Im Bezirk Neubrandenburg besteht besonders auf dem Land ein Mangel in der Versorgung mit Lebensmitteln (Zucker, Marmelade, Hülsenfrüchte, Kindernährmittel und Margarine).

Für verderbgefährdete Waren fehlen in verschiedenen Konsumverkaufsstellen auf dem Land Kühlschränke.

Von der MTS Ziesar, Kreis Brandenburg, Bezirk Potsdam, kann der Druschplan <sup>9</sup> infolge Stromabschaltungen nicht erfüllt werden.

## **Feindtätigkeit**

Im Kreis Neuruppin wurden 175 Flugblätter auf einem Feld von einer VP-Streife gefunden. Im Bezirk Schwerin erhielten Privatpersonen durch die Post Informationsbriefe des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, <sup>10</sup> in denen die Bürger der DDR aufgefordert werden, Adressen von Mitgliedern der SED zu melden, die »unbeliebt« seien.

Die KgU hat an Schweriner Adressen Hetzschriften mit einer Rede Tillichs <sup>11</sup> über den faschistischen Putsch am 17. Juni versandt. Der »Volksbund für Frieden und Freiheit« <sup>12</sup> in Bonn, der sich im Untertitel »Überparteiliche Versammlungsbewegung zur Abwehr des Bolschewismus« nennt, verschickt Briefe mit seinem Programm (Schwerin). Flugblätter der KgU wurden in Weida, Kreis Gera, von der Bevölkerung gefunden.

Flugschriften, die im Kreis Zeulenroda, Bezirk Gera, gefunden wurden, enthalten einen Aufruf des angeblich nach dem Westen geflüchteten sowjetischen Majors *Ronschin*. <sup>13</sup>

In Wustrow, Kreis Neustrelitz, wurden Hetzschriften gefunden, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, den Organen der Partei des Staates passiven Widerstand zu leisten. Diese Flugblätter bestehen aus Schulheftseiten, die mithilfe eines Handdruckkastens bedruckt sind. Der Genosse Politleiter vom Bahnbetriebswerk Neubrandenburg wurde durch eine Hetzschrift des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen aufgefordert seine politische Arbeit einzustellen.

In Klosterwalde, Kreis Templin, Bezirk Neubrandenburg, entstand ein Waldbrand durch Hafergarben, die im Tannendickicht angebrannt wurden.

In einer Einwohnerversammlung in Falkenberg, Kreis Beeskow, Bezirk Frankfurt/Oder, wurden zwei SED-Funktionäre bei ihrer Aufklärungsarbeit von Schlägern beschimpft und tödlich angegriffen.

## **Nachsatz**

Soeben wird aus Magdeburg gemeldet, dass in den dortigen Verkehrsbetrieben Streikstimmung herrscht, hervorgerufen durch die vom Zentralkomitee und Finanzministerium abgelehnten Beschlüsse des Stadtrates, nach denen auf Drängen der Arbeiter der Verkehrsbetriebe die Löhne um 30 000 DM monatlich erhöht werden sollten. <sup>14</sup> Partei, VP und die Organe der Staatssicherheit ergriffen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und zur Aufklärung der Arbeiter, die bereits positive Ergebnisse zeigten.

Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 329–339.

2

SPD-nahe Berliner Tageszeitung, 1946 gegründet von Arno Scholz, seit 1949 wurde unter der Bezeichnung »Der kleine Telegraf« auch eine wöchentliche kleinformatige Ausgabe herausgegeben, die auf ein eigenes illegales Korrespondentennetz in Ostberlin und der DDR zurückgreifen konnte und dort konspirativ verteilt wurde.

3

Die Lebensmittelhilfe für die DDR war am 10.7.1953 von US-Präsident Dwight D. Eisenhower als Element der »Psychologischen Kriegsführung« im Rahmen der amerikanischen Liberation Policy beschlossen worden. Die Lebensmittelpakete wurden an Westberliner Verteilerstellen von Mitarbeitern der Senatsverwaltung sowie der Ostbüros und der KgU ausgegeben. Bei der ersten Aktion, die vom 27.7. bis zum 27.8.1953 lief, wurden 2,7 Mio. Pakete verteilt. Es schloss sich bis zum 10.10.1953 eine zweite Aktion an, bei der weitere 2,8 Mio. Pakete verteilt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 485–490.

4

Förderbrücke des Braunkohletagebaus Niemtsch bei Senftenberg.

5

Seit Anfang August wurden »Bettelpaketabholer« in der DDR-Presse mit vollem Namen, teilweise sogar mit Geburtsdatum, vollständiger Adresse und detaillierten Angaben zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen an den Pranger gestellt. Vgl. z. B. »30 Schweine, 20 Rinder, 80 Morgen Land und 3 Bettelpakete«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 4.8.1953, S. 6.

6

Es handelte sich vermutlich um die DEFA-Wochenschau »Der Augenzeuge« Nr. 32/1953, die ab etwa 7.8.1953 in den Kinos gezeigt wurde und einen Beitrag über die Lebensmittelaktion enthielt. Verfügbar als Download auf [www.wochenschau-archiv.de](http://www.wochenschau-archiv.de) (28.8.2012).

7

Um den Zuspruch für die Lebensmittelaktion einzudämmen, die Ende Juli 1953 dramatische Ausmaße angenommen hatte, wurde der Verkauf von Fahrkarten nach Berlin in der Nacht vom 1. auf den 2.8.1953 eingestellt, außerdem wurde der Besitz von mehr als einem Personalausweis bzw. die Weitergabe von Personalausweisen an eine andere Person unter Strafe gestellt. Ostberliner und Bürger der DDR hatten, ausgestattet mit fremden Personalausweisen, in großem Stil Pakete für Verwandte und Bekannte abgeholt. Vgl. Ostermann, Christian F.: »Die beste Chance für ein Rollback«? Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953. In: Kleßmann, Christoph; Stöver, Bernd: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln u. a. 1999, S. 116–139, hier 128–131.

8

Abkürzung für Stumm-Polizei, Bezeichnung für die Westberliner Polizei nach ihrem ersten Polizeipräsidenten Johannes Stumm (1948–63). Unmittelbar nach der Spaltung der Berliner Polizei im Juli 1948 zunächst allgemein verbreitet, später nur noch in SED-nahen Kreisen üblich und pejorativ konnotiert.

9

Plan zur Durchführung des Getreidedreschens.

10

Der UfJ wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechtshandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen Fünfzigerjahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext US-amerikanischer »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

11

Ernst Tillich, Jg. 1910, Theologe, Neffe des in den USA lehrenden Theologen Paul Tillich, in der NS-Zeit Mitglied der Bekennenden Kirche, 1936–39 in Haft, 1950/51 stellvertretender, anschließend Leiter der KgU, 1952 Ausschluss aus der SPD.

12

Im August 1950 in Hamburg gegründete scharf antikommunistische Organisation, die stark von ehemaligen Nationalsozialisten geprägt war, aber über gute Beziehungen zu US-amerikanischen Stellen verfügte und in erheblichem Umfang vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde. Vgl. Friedel, Mathias: Der Volksbund Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus. St. Augustin 2001.

13

Im Original »Inronschin«. Nikita Ronschin, im April 1953 in den Westen geflüchteter Major der sowjetischen Armee, der in Flugblättern der antikommunistischen russischen Emigrantenorganisation NTS (Narodno-Trudowoj Sojus, deutsch: Volksarbeitsbund) als Gewährsmann für

die Nachricht ausgegeben wurde, dass am 28.6.1953 18 sowjetische Soldaten, die sich am 17. Juni geweigert hatten, auf Aufständische zu feuern, standrechtlich erschossen wurden. Die Information hält einer quellenkritischen Überprüfung nicht stand. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 257 f.

14

Gemeint ist vermutlich die Lohnsumme.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.